



Pressekonferenz 22.05.2024 / Cafe Landtmann

Wohnbau in der Donaustadt darf nicht Geisel für Straßenbau sein

- **UVP-Änderungsverfahren 'Oberes Hausfeld' eingereicht**
- **Keine Zwangsverknüpfung von Wohnbau und Straßenbau**
- **Autofreie Mustersiedlung braucht nicht S1-Spange und S1-Nord und Lobautunnel**

Wien, am 22.05.2024 (VIRUS). In einer historischen gemeinsamen Pressekonferenz des **Bauträgers KALLCO Development GmbH & Co KG** als anteilmäßig größter Bauträgervertreter im oberen Hausfeld, der **Umweltorganisation VIRUS** und der **Bürgerinitiative BNWN**, sprachen sich die Vertreter für eine Entkoppelung von Wohnbau und Straßenbau aus, und stellen ihre 2023 begonnene Kooperation im Zusammenhang mit dem 'Oberen Hausfeld' vor, die in die Einreichung eines Änderungsverfahrens zur UVP mündete.

Ing. Stefan Eisinger-Sewald von KALLCO: „Unser Projekt, das durch zwei U-Bahnstationen und eine Busanbindung hervorragend erschlossen ist, hat sich in den letzten 12 Jahren zu einem vorbildlichen, autofreien Pionier-Städtebauprojekt entwickelt. Es gibt keine Notwendigkeit, unsere dritte Bauphase mit den übergeordneten Straßenprojekten zu verknüpfen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, gemeinsam mit unseren Partnern eine Projektänderung zu erarbeiten, die nun eingereicht wurde. Sämtliche Gutachten belegen, dass unser Wohnbauvorhaben mit überwiegend leistbarem Mietwohnraum und bestehender Infrastruktur eindeutig umweltverträglich ist.“

Wolfgang Rehm von VIRUS verwies eingangs darauf dass seit 2016 erkennbar war, dass Wohnbau seitens der Wiener Stadregierung als Durchsetzungsinstrument für gewünschte Straßenbauprojekte eingesetzt werden soll. „Das hat vorbereitend mit der Seestadt Nord begonnen und erreichte seinen Höhepunkt im Jahr 2021 mit einer beispiellosen Werbekampagne durch Stadträtin Uli Sima mit dem Slogan Wohnungen für 60.000 Menschen obwohl sich diese Zahl aus sechs Vorhaben zusammensetzt aber nur einen Bescheid gibt und auch der kein Naturgesetz sondern änderbar ist. Beim Oberen Hausfeld gab es letztes Jahr ein déjà vu weil die Behörde alles daran gesetzt hat die Verknüpfung mit den Wunschstraßen so stark wie möglich zu gestalten. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen, derartige Bescheidbedingungen nur für Wohnbauprojekte und nicht jedoch für Straßenprojekte obwohl diese nur gemeinsam geplant und geprüft wurden.“

Heinz Mutzek vom BürgerInnen Netzwerk Verkehrsregion Wien Niederösterreich (BNWN): „Als Bürgerinitiative in Wien haben wir über 10 Jahre Erfahrung mit NICHT-Bürgerbeteiligung und können für dieses Projekt folgendes feststellen: Sowohl Politik als auch der Wiener Magistrat sind an einer ehrlichen Mitbestimmung von Bürgern nicht interessiert! Aufgrund der besonderen UVP-rechtlichen Situation beim Oberen Hausfeld konnten wir uns mit Kallco auf Verbesserungen einigen, die Gerichtsinstanzen nicht zugelassen hätten, weil diese unter massivem politischem Druck stehen. Wir freuen uns darüber, dass wir mit dieser Pressekonferenz etwas in Österreich Einmaliges vorstellen können, nämlich die respektvolle Kooperation mit einem Bauträger, die mit Behörden und der Wiener Politik nicht möglich war, weil es dort keine frühzeitige, ehrliche und ergebnisoffene Beteiligung gibt. In den letzten Monaten seit Bescheiderlassung seien neue Verkehrs- und Umweltuntersuchungen für einen Planfall ohne Straßenbürde beauftragt und erarbeitet worden, die nun der Behörde vorgelegt wurden. Daraus ergebe sich sogar eine Verringerung der Verkehrsbelastung für diesen Planfall. "Wir gehen davon aus, dass Magistrat und Stadregierung dem sozialen Wohnbau nicht weiterhin hemmende Steine in den Weg legen und unser Änderungsprojekt rasch abarbeiten und antragsgemäß erledigen werden," so abschließend Rehm, Mutzek und Eisinger-Sewald unisono.

Rückfragehinweis:

Wolfgang Rehm, 0699/12419913, virus.umweltbureau@wuk.at